BERNER BERNOIS

Journal

SVP Kanton Bern • UDC Canton de Berne • Oktober/November • Nr. 4–2013

AZB 3000 Bern 25

Ja zur Familieninitiative 3

Für die längst fällige steuerliche Gleichstellung aller Familien.

Ja zur Einbürgerungsinitiative 5

Höchste Zeit für strengere und klarere Regeln beim Einbürgern!

Mitsprache bei neuen Milliardenschulden 8

Jetzt unterschreiben, damit wir über die Milliardenschulden abstimmen können!

Gewichtige Novembersession 11 + 12

Der Grosse Rat behandelt in der Novembersession Sparpaket und Budget.

Beilagen beachten

Furchtloser Einsatz für die Demokratie

Werner Salzmann, Parteipräsident, Mülchi

Die SVP ist auf dem Vormarsch. Bei den kantonalen Parlamentswahlen konnte sie überall zulegen. Im Kanton Wallis hat die SVP die Sitzzahl von 12 auf 21 Sitze ausgebaut, im Kanton Neuenburg von 14 auf 20 Sitze und im Kanton Genf von 9 auf 11 Sitze. Offensichtlich hat das Volk genug von der uneingeschränkten Zuwanderung und von der rotgrünen Politik, die unseren Staat ausbluten lässt, indem unsere Leistungen der Sozialwerke den Einwanderern auf einem Tablett serviert werden.

Die Resultate stimmen mich zuversichtlich für die kommenden Grossratswahlen.

Die SVP ist die einzige Partei, die seit Jahren den Mut hat, Missstände in unserer Gesellschaft aufzudecken und aktiv zu bekämpfen. Und dies trägt je länger, je mehr Früchte. Immer mehr Leute sehen, dass es wichtig ist, dass man sich in der Schweiz frei und sicher fühlen kann und dass der Einzelne die Früchte seiner Arbeit auch ernten kann.

Immer mehr Leute sehen, dass ein Miteinander der Menschen mehr bringt als der Ausbau sogenannt professioneller Stellen, die den Menschen von der Wiege bis zur Bahre bevormunden, und dass Eigenverantwortung der Weg ist und immer mehr Therapie à la Carlos nicht nur nicht finanzierbar, sondern ein Blödsinn ist.

Immer mehr Leute sehen, dass uns die Zuwanderung immer mehr über den Kopf wächst. Bereits leben mehr als 8 Mio. Menschen in der Schweiz, davon 1 Mio. im Kanton Bern. Immer mehr Raum wird bebaut und genutzt. Die Verkehrsinfrastruktur ist am Anschlag und gleichzeitig wächst der Wunsch nach Erhalt fruchtbarer Böden und Schutz von Flora und Fauna.

> ***«Eine demokratische politische Kultur lebt bekanntlich von der Meinungsfreude und der Anteilnahme der Bürger. Das setzt Furchtlosigkeit voraus.»***
>
> ***Jutta Limbach***

Deshalb geht die SVP gestärkt und furchtlos in jeden neuen Kampf und lässt nicht locker. Jeder Abstimmungstermin ist wichtig, denn es geht um das Wohl des Landes und des Kantons. Unsere Argumente müssen aber auch weitererzählt werden – und dafür braucht es jedes einzelne Parteimitglied. Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Werner Salzmann

STAND

Schweizer Pass kaufen

In der Schweiz sind wir Bürger die eigentliche Regierung. Von der Verfassung bis zur Tempo-30-Zone bestimmen wir. Entsprechend hoch sind die Hürden für die Aufnahme in den Kreis der Bestimmenden. So war es jedenfalls, bis der Film «Schweizermacher» das Einbürgerungsverfahren auf die Schippe nahm und man in der Folge die Anforderungen drastisch senkte.

Heute genügt es, wenn sich jemand knapp verständigen kann. Weder frühere Straftaten noch Sozialhilfeabhängigkeit sind Ablehnungsgründe. Eine Aufenthaltsgenehmigung braucht es nicht mehr. Es kommt oft vor, dass ein abgewiesener Asylsuchender vorläufig aufgenommen wird, weil das Herkunftsland ihn nicht zurücknimmt, und schliesslich Schweizer wird, obwohl er zuvor nicht einmal als Flüchtling anerkannt wurde.

Höchste Zeit, dass dies wieder ändert und nur noch diejenigen eingebürgert werden, die auch wirklich Schweizer werden und nicht einfach nur ein neues Reisedokument kaufen wollen.

Aliki Panayides, Geschäftsführerin und Gemeinderätin

Nein zur 1:12-Initiative

Hansruedi Wandfluh, Nationalrat, Frutigen

Die 1:12-Initiative, welche am 24. November zur Abstimmung kommt, bildet den Auftakt zu einer Serie von Vorlagen, welche ins Mark unserer Wirtschaftsordnung, unseres Wohlstandes und unserer Eigentumsrechte zielen – der Kapitalismus soll überwunden werden!?

Nach der 1:12-Initiative der Jungsozialisten darf der höchste Lohn in einer Firma nicht höher sein als zwölf Mal der tiefste Lohn. Die Sozialpartner würden die Aufgabe der Lohnfindung für das oberste Management dem Staat überlassen, inklusive Überwachung der Einhaltung der Vorschriften. Würden die obersten Löhne wie von den Jungsozialisten gewünscht angepasst, müssten auch die mittleren Löhne nach unteren korrigiert werden, denn sonst stimmt das Lohngefüge nicht mehr.

Konzerne, welche Probleme mit der Einhaltung der Lohnquote hätten, würden mit Sicherheit Umgehungsmöglichkeiten suchen und diese auch finden. Es ist eine Illusion anzunehmen, dass wegen der Initiative die tiefen Löhne angehoben würden. Es ist vielmehr davon auszugehen, dass sie wegrationalisiert oder ausgelagert werden. Neu würde vermutlich eine selbständige Raumpflegerin die Reinigungsarbeiten in einem Büro erledigen und nicht mehr eine angestellte Putzfrau. Und die Managementleistungen würden künftig vermutlich bei separaten Managementgesellschaften eingekauft, möglicherweise sogar im Ausland. Eine Studie der Handelshochschule St. Gallen geht bei Annahme der Initiative von Steuerausfällen alleine bei der direkten Bundessteuer von bis zu 1,5 Mia. Franken aus, bei den Sozialleistungen gar von bis zu 2,5 Mia. Franken.

Es ist falsch anzunehmen, nur die Top-Verdiener seien von der Initiative betroffen. Es wird KMU, welche keine Saläre über 500'000.– bezahlen, genau gleich treffen wie die natürlichen Personen des Mittelstands. Denn die oben beschriebenen Ausfälle bei den Steuern und bei den Sozialleistungen müssen von jemandem bezahlt werden. Es wird einmal mehr das Gewerbe und den Mittelstand treffen. Deshalb gilt es, gleich wie Bundesrat und Parlament dies empfehlen, deutlich NEIN zu sagen zu unüberlegten Experimenten.

Hansruedi Wandfluh

Nützen Sie die Flyer-Verteil-Aktion der SVP Schweiz!

Näheres unter
www.flyer-ueberall.ch/familieninitiative

Non à l'initiative 1:12

Nous voterons le 24 novembre 2013 sur l'initiative 1:12 qui est le prélude à une série de projets qui visent aussi bien notre ordre économique que notre bien-être et nos droits de propriété et qui ont pour objectif d'abolir le capitalisme.

Selon l'initiative des Jeunesses socialistes 1 :12, le salaire le plus élevé dans une entreprise ne doit pas être plus de douze fois supérieur au salaire le plus bas. Les partenaires sociaux délègueraient la tâche de formation des salaires pour le management le plus élevé, y compris la surveillance des prescriptions à l'État. Si les salaires au top étaient adaptés selon le souhait des Jeunesses socialistes, les salaires moyens devraient être aussi revus à la baisse pour maintenir la structure salariale.

Les entreprises ayant du mal à se conformer à la quotepart des salaires trouveraient facilement des solutions pour déjouer ces prescriptions. Il est illusoire de penser que les salaires baisseraient en application de l'initiative. Par contre, les entreprises pourraient envisager des rationalisations ou des externalisations. P. ex., une technicienne de surface indépendante reprendrait les travaux de nettoyage effectués jusqu'alors par une femme de ménage engagée par l'entreprise. Les prestations de management seraient gérées par une société externe, peut-être même de l'étranger. Il ressort d'une étude de la Haute école de commerce de St-Gall qu'un Oui à cette initiative coûterait à la Confédération jusqu'à 1.5 milliard de francs en recettes fiscales de l'impôt fédéral direct et jusqu'à 2,5 milliards en recettes pour les prestations sociales.

Il est faux de penser que seuls les salaires des tops managers seraient touchés par l'application de cette initiative. Les PME qui ne versent pas des salaires au-delà de 500'000 francs et les personnes physiques de la classe moyenne seront aussi victimes de cette initiative. Car il faudra compenser les pertes en rentrées fiscales et en prestations sociales susmentionnées. Et une fois de plus, la classe moyenne et l'artisanat seront les premiers touchés. Suivons la recommandation du Conseil fédéral et du Parlement et glissons un NON dans l'urne le 24 novembre prochain.

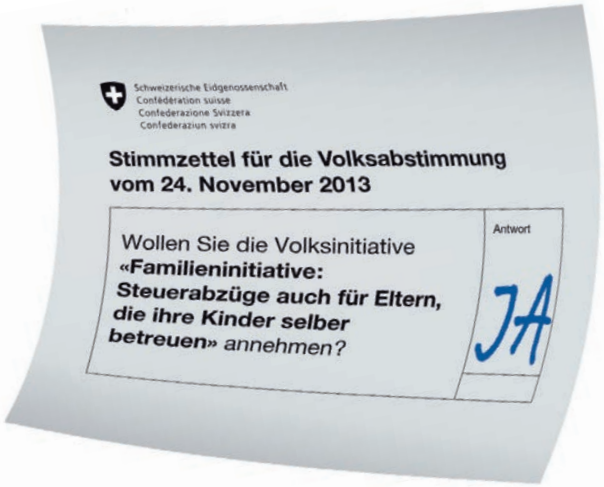
Schluss mit der Diskriminierung von Eltern, die ihre Kinder selber betreuen

Andrea Geissbühler, Nationalrätin, Bäriswil

Die eidgenössische Familien-Initiative der SVP will, dass auch Eltern, die ihre Kinder selber betreuen, einen Steuerabzug machen können. Das heisst, alle Familien können einen Steuerabzug machen unabhängig davon, ob das Kind selbst- oder fremdbetreut wird.
Die Diskriminierung selbsterziehender Familien muss gestoppt werden. Denn bis jetzt war es so geregelt, dass nur die Familien, welche ihre Kinder fremdbetreuen liessen, von Steuerentlastungen profitieren konnten.
Wir wollen aber mit der Initiative niemandem etwas wegnehmen. Nein, wir wollen Gerechtigkeit herstellen, denn die grosse Mehrheit der Familien organisiert die Betreuung ihrer Kinder selbst und beansprucht keinen staatlich mitfinanzierten Krippenplatz.
Da die SVP für eine Politik der Eigenverantwortung und zum Wohle der Familie eintritt, dürfen wir unsere Kinder und ihre Erziehung nicht dem Staat überlassen, sondern jede Familie soll selber entscheiden können, wie die Erziehungsarbeit zum Wohle des Kindes organisiert werden kann.
Der bekannte Pfarrer und Dichter Jeremias Gotthelf hat es mit der Aussage auf den Punkt gebracht: «Im Hause muss beginnen, was leuchten soll im Vaterland.» Das Gemeinwesen lebt von gut funktionierenden Familien, von Familien, welche ihre Kinder erziehen, heranbilden und ihnen Werte vermitteln, die sie ihrerseits befähigen, Konflikte zu bewältigen und das Leben zu meistern und in der Gemeinschaft positiv mitzugestalten.

Die Eltern geben dem Kind die Wurzeln: Sie stärken dessen Selbstvertrauen und Eigenverantwortung und vermitteln ihnen Werte wie Vertrauen, Achtung und Respekt anderen Lebewesen gegenüber, Ehrlichkeit, Verlässlichkeit, stellen aber auch Regeln auf, die befolgt werden müssen, ansonsten Konsequenzen zu tragen sind. Diese Erziehungsarbeit ist von den Eltern und nicht vom Staat zu erbringen.
Die SVP will junge Familien und künftige Generationen durch Steuerabzüge entlasten und so dazu ermuntern und beitragen, dass dem wichtigsten, schönsten und verantwortungsvollsten Beruf der Welt wieder die verdiente Achtung geschenkt wird. Deshalb bitte ich Sie, bei Ihren Verwandten und Bekannten für ein Ja zur wichtigen SVP-Familien-Initiative zu werben.

Andrea Geissbühler



En finir avec la discrimination de parents qui gardent eux-mêmes leurs enfants

L'initiative fédérale UDC sur les familles demande que les parents qui gardent eux-mêmes leurs enfants bénéficient d'une déduction fiscale, peu importe qu'ils gardent leurs enfants eux-mêmes ou qu'ils les fassent garder.
Il faut arrêter de discriminer les familles qui gardent elles-mêmes leurs enfants. Actuellement seules les familles dont les enfants sont gardés par des tiers peuvent profiter d'allégements fiscaux.
Pas question de les léser avec cette initiative. Mais nous demandons l'équité, car les familles dans leur majorité organisent elles-mêmes la garde de leurs enfants et ne demandent pas une place dans une crèche cofinancée par l'État.
Jeremias Gotthelfl'a bien dit: à la maison doit commencer ce qui doit briller dans notre patrie. La société vit de familles qui fonctionnent bien, qui éduquent et instruisent leurs enfants en leur transmettant des valeurs qui les aident à faire face à des conflits, à gérer plus tard leur vie d'adulte et à œuvrer positivement dans notre société.
Les parents posent les jalons: ils renforcent la confiance en soi et l'autoresponsabilité de leurs enfants; ils leur inculquent des valeurs morales comme la confiance, l'estime et le respect des autres tout comme l'honnêteté et la fiabilité; ils leur imposent aussi des règles de conduite qui, si elles n'étaient pas respectées pourraient avoir des conséquences. Il revient aux parents – et non à l'État – d'assumer cette tâche éducative, car ils sont les mieux placés pour connaître les besoins de leur enfant et son degré de développement.
Pour que les parents puissent assumer la garde et l'éducation de leurs enfants correctement, ils doivent pouvoir compter sur la reconnaissance et l'estime que leur vaut leur rôle de femme ou d'homme au foyer. L'éducation et la garde des enfants, une famille bien organisée et fonctionnant selon des principes traditionnels méritent notre estime.
L'UDC veut décharger les familles et les générations futures par des déductions fiscales et revaloriser l'image du métier le plus important, le plus beau et le plus empreint de responsabilités au monde, celui d'être parent.

NEIN zur 100 Franken Autobahnvignette

Nadja Pieren, Nationalrätin, Burgdorf, Mitinitiantin des Referendums

Der Netzbeschluss bestimmt, welche Strassen zum Nationalstrassennetz gehören. Neu sollen 380 Kilometer bereits gebauter Kantonsstrassen zum Bund wechseln und damit auch Betrieb und Unterhalt. Kein einziger Kanton, welcher Kosten an den Bund abtreten kann, hat angekündigt, seine Steuern entsprechend zu senken.

Darum sagen Sie am 24. November NEIN zur Vignettenpreiserhöhung:

– Eine Preiserhöhung um 150 Prozent ist absolut nicht gerechtfertigt. Der Privatverkehr bezahlt bereits heute mehr als nötig, nämlich jährlich (nur Bundesabgaben) 9,5 Milliarden Franken. Davon fliessen nur 30 Prozent zweckgebunden in die Strassen. Die restlichen 70 Prozent fliessen in die allgemeine Bundeskasse und in den öffentlichen Verkehr.

– Für Unternehmen mit grossem Fahrzeugbestand hat eine Vignettenpreiserhöhung um 150 Prozent massive Kostenfolgen. Die Mehrausgaben würden auf den Konsumenten abgewälzt. Somit trifft eine Vignettenpreiserhöhung alle!

– Haushalte mit mehreren Fahrzeugen (Auto, Wechselschilder, Motorräder, Anhänger, Wohnwagen) werden unverhältnismässig zur Kasse gebeten, da für jedes Fahrzeug eine Vignette gekauft werden muss, obwohl nie alle Fahrzeuge gleichzeitig verwendet werden.

– Neu soll für 40 Franken eine 2-Monats-Vignette gekauft werden können. Davon profitieren vor allem Ausländer, die quer durch die Schweiz fahren und unsere Autobahn viele Kilometer mehr benutzen als manche Schweizer.

– Wer die Autobahn nur wenig benutzt, wird bei einem Preis von 100 Franken zukünftig auf die Vignette verzichten. Das hat einen massiven Mehrverkehr in Dörfern und Städten zur Folge.

– Viele weitere Projekte sind aktuell auf Bundesebene in der Pipeline, um den Privatverkehr noch mehr zur Kasse zu beten. Der Privatverkehr ist die Milchkuh der Nation. Mit der Vignettenpreiserhöhung können wir jetzt ein klares STOPP senden gegen die Abzockerei des Privatverkehrs.

– Unsere Strassen sind überfüllt, die Staustunden haben sich von 2009 bis 2012 mehr als verdoppelt. Durch die Erhöhung der Autobahnvignette wird es keine einzige Minute weniger Stau geben – an kritischen Stellen ist nirgends ein Ausbau geplant. Der Privatverkehr wird zur Kasse gebeten ohne jeglichen Mehrwert!

Nadja Pieren

Non à la vignette à 100 francs

Les routes qui font partie du réseau national sont désignées dans l'arrêté sur le réseau routier. Nouveau : 380 km de routes devraient passer du statut de routes cantonales à nationales. La Confédération reprendrait alors l'exploitation et l'entretien de ces 380 km. Pas un seul canton n'a annoncé qu'il baisserait ses impôts suite à la prise en charge de ces routes et de leurs coûts.

Vous voterez donc NON le 24 novembre 2013 à cette augmentation de la vignette routière pour les raisons suivantes :

– *une augmentation de 150% ne se justifie pas en l'occurrence. Les usagers de la route paient déjà plus cher que nécessaire aujourd'hui, soit 9,5 milliards de francs par an (redevances fédérales). De ces 9,5 milliards, 30% seulement sont affectés à l'infrastructure, à l'aménagement et à l'exploitation des routes. Les autres 70% vont à la Caisse fédérale et aux transports publics.*

– *une vignette routière à 100 francs aurait de graves conséquences pour les entreprises qui ont un parc automobile important. Le surcroît de dépenses serait répercuté sur les consommateurs.*

– *les ménages avec plusieurs véhicules (autos, plaques interchangeables, motos, remorques, caravanes) devront encore plus casquer puisqu'il faut acheter une vignette par véhicule bien que l'on ne puisse jamais utiliser tous ses véhicules en même temps.*

– *L'automobiliste qui ne prend que sporadiquement l'autoroute devra soit s'acquitter de la vignette à 100 francs, soit renoncer à rouler sur l'autoroute ce qui aura pour conséquence une intensification de la circulation dans les villes et villages.*

– *la Confédération a encore bien d'autres projets en réserve pour faire passer à la caisse les automobilistes. Le trafic privé est la vache à lait de la Suisse. En rejetant la vignette à 100 francs, nous exprimons notre ras-le-bol d'être arnaqués.*

– *Nos routes sont surchargées et ce problème s'intensifie avec l'immigration incontrôlée. Les heures d'embouteillage ont doublé entre 2009 et 2012. L'augmentation de la vignette n'est pas la panacée contre les bouchons – aucune mesure n'est prévue pour faire face aux goulets d'étranglement. La circulation privée est priée de passer à la caisse sans aucune compensation.*

Einbürgerung von Kriminellen stoppen – Ja zur Volksinitiative der Jungen SVP!

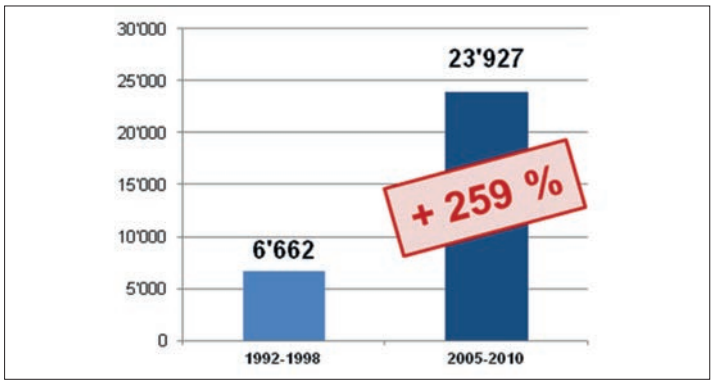
Erich Hess
Grossrat, Bern

Heute ist es im Kanton Bern sehr einfach, den Schweizer Pass zu bekommen. Neben der Dauer des Aufenthalts fordert der Kanton Bern gerade einmal eine nicht näher definierte Verbundenheit mit der Schweiz als Voraussetzung, um einen Antrag auf Einbürgerung zu stellen. Dies hat zur Folge, dass vorbestrafte Kriminelle sowie Sozialhilfeempfänger oder Asylanten eingebürgert werden. Dagegen wehrt sich die Junge SVP Kanton Bern mit ihrer Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern». Mit ihrer Volksinitiative fordert die Junge SVP konkrete und verbindliche Anforderungen für Einbürgerungswillige. Künftig soll nur eingebürgert werden, wer nicht wegen eines Verbrechens verurteilt wurde oder von der sozialen Fürsorge lebt. Auch müssen Gesuchsteller künftig zwingend eine Niederlassungsbewilligung vorweisen können. Weiter fordert die Initiative verbindliche Kenntnisse einer Amtssprache, dem Staatsaufbau und der Geschichte unseres Landes.

Damit erhalten Behörden auf Gemeinde- und Kantonsebene erstmals wirksame Instrumente, um Bürgerrechtsgesuche anhand von klaren Vorgaben und nachweisbaren Erfolgen beurteilen zu können. Dies schafft Rechtssicherheit und mindert die Gefahr, dass schwach- oder nicht-integrierte Personen den Schweizer Pass erhalten. Das Begehren der Jungen SVP ist dringend nötig. Von den zehn Gemeinden mit den höchsten Einbürgerungsquoten befinden sich mit Burgdorf, Thun und Köniz gleich deren drei im Kanton Bern. Zudem nahm die Zahl der Einbürgerungen im Kanton Bern im Vergleich zu früheren Zeiträumen massiv zu. Eine (zu) lasche Einbürgerungspraktik dient aber weder unserem Land, noch fördert sie das Zusammenleben zwischen Schweizern, Eingebürgerten und Ausländern. Der Schweizer Pass ist keine Hundemarke!

Mit der Initiative der Jungen SVP werden klare Regeln geschaffen: Vor dem Schweizer Bürgerrecht muss eine erfolgreiche Integration stattfinden! Stimmen Sie deshalb am 24. November 2013 Ja zur kantonalen Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Kriminellen und Sozialhilfeempfängern»!

Erich Hess



Anzahl Einbürgerungen im Kanton Bern, Vergleich Periode 1992–1998 und Periode 2005–2010. Quelle: EKM

En finir avec la naturalisation des criminels – Oui à l'initiative des Jeunes UDC

Aujourd'hui, il est très simple d'obtenir le passeport suisse dans le canton de Berne. Outre la durée du séjour, le canton de Berne n'exige qu'une attache mal définie avec la Suisse pour faire une demande de naturalisation. Il en résulte que des criminels avec antécédents judiciaires tout comme des bénéficiaires de l'aide sociale sont naturalisés. Les Jeunes UDC se sont insurgés contre cette pratique et ont lancé l'initiative « Non à la naturalisation de criminels et de bénéficiaires de l'aide sociale ». Ils posent des conditions concrètes et obligatoires aux personnes qui veulent être naturalisées. Désormais qui a commis un crime, qui vit de l'aide sociale ou n'en a pas entièrement remboursé les prestations, ne sera plus naturalisé. Les requérants devront aussi prouver qu'ils ont un permis d'établissement. Les Jeunes UDC demandent également que les requérants connaissent une de nos langues officielles, nos structures étatiques et l'histoire de notre pays. Il n'y a aucune obligation juridique à accorder le droit de citoyenneté suisse !

L'initiative des Jeunes UDC donne aux autorités communales et cantonales des instruments efficaces pour évaluer les demandes de naturalisation satisfaisant des prescriptions claires et des intégrations réussies. Leur application affermit la sécurité juridique et réduit le risque que des personnes peu ou même pas du tout intégrées reçoivent le passeport suisse. Cette requête des Jeunes UDC est grandement nécessaire. Des communes suisses avec le taux de naturalisations le plus élevé, trois soient dans le canton de Berne : Berthoud, Thoune et Köniz. En outre le nombre de naturalisations dans le canton de Berne a massivement augmenté. Une pratique de naturalisation trop laxiste porte préjudice à notre pays et n'encourage pas la cohabitation entre Suisses, naturalisés et étrangers. Le passeport suisse n'est pas une « plaquette pour chien » .

L'application de l'initiative des Jeunes UDC crée des règles claires : l'intégration passe avant la naturalisation. Votez Oui le 24 novembre 2013 à l'initiative populaire cantonale « Non à la naturalisation de criminels et de bénéficiaires de l'aide sociale » !

Auftakt zu den Grossratswahlen 2014 -

Unterstützen Sie den Grossratswahlkampf!
PC 30-2686-3 oder
IBAN CH65 0900 0000 3000 2686 3
Vermerk: «Wahlen»

– Impressionen der DV vom 15.10.2013

Parolen der SVP Kanton Bern
Abstimmung vom 24. November 2013

Eidg. Abstimmungsvorlagen:

- Eidg. Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»: **NEIN** (einstimmig)
- Eidg. Volksinitiative «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»: **JA** (mit grossem Mehr bei 6 Nein-Stimmen und 4 Enthaltungen)
- Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen: **NEIN** (mit grossem Mehr bei 6 Ja-Stimmen und 4 Enthaltungen)

Kant. Abstimmungsvorlage:

- Kant. Volksinitiative «Keine Einbürgerung von Verbrechern und Sozialhilfeempfängern!»: **JA** (einstimmig bei 1 Enthaltung)

260 Kandidatinnen und Kandidaten stehen ein für sichere Städte und einen lebendigen ländlichen Raum, für eine gute Versorgung zu fairen Preisen für Eigenverantwortung und Freiheit. Sie verdienen Ihre Stimme am 30. März 2014.

MILLIARDENREFERENDUM
3'500'000'000
neue Schulden
hinter dem Rücken der Steuerzahlenden
So nicht!

Bernerinnen und Berner haben dem Kanton vor wenigen Jahren eine Schuldenbremse auferlegt – sie soll die übermässige Verschuldung des Kantons verhindern! Kaum beschlossen, soll der Kanton Bern nur zur erneuten Sanierung der Pensionskassen 3,5 Milliarden Franken zahlen – und sich entsprechend neu verschulden. Und das hinter dem Rücken der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger. So nicht!

- Wollen auch Sie über eine Neuverschuldung von 3'500 Millionen abstimmen können?
- Wollen auch Sie entscheiden können, wieviel zur Sanierung der staatlichen Pensionskassen ausgegeben wird?

Wenn die Pensionskassen einmal mehr saniert werden müssen, soll das Stimmvolk wenigstens darüber bestimmen, wie das geschehen soll.

Dann unterschreiben Sie jetzt auf diesem Bogen

Folgende Personen, Parteien und Organisationen haben sich zusammengetan, um dafür zu sorgen, das das Stimmvolk über einen solchen Entscheid abstimmen kann. Sie ergreifen gestützt auf Art. 62 Abs. 1 Bst. a der bernischen Kantonsverfassung und Art. 53–66 des Gesetzes über die politischen Rechte das Referendum gegen den Grossratsbeschluss vom 9. September 2013 betreffend das Gesetz über die kantonalen Pensionskassen (PKG) (Mäntelvorlage und Eventualantrag). Referendumskomitee: Ueli Jaggi, Bern, Grossrat, Co-Präsidium; Pamela Mischiger, Ursenbach, Aktuarin • Andreas Blank, Grosswil, Aarberg • Peter Flück, Grosswil, Unterstammheim/Wimmis • Peter Brand, Grosshöchstetten • Kamilleri: Peter Aeschlimann, Gemeindepräsident, Marten • Adrian Amstutz, Nationalrat, Sigriswil • Christoph Berger, Grosswil, Bankleiter, Aeschi • Peter Bill, Gemeindepräsident, Monnetettaff • Jolanda Brunner, Fürsprecherin Vorf Frauen ID, Bern, Spiez • Manfred Bühler, Grossrat, Rechtsanwalt, Corcelles

Fortsetzung auf der Rückseite.

Alle im Kanton Bern Stimmberechtigten dürfen diesen Referendum unterschreiben

PLZ: Politische Gemeinde:

Nr.	Name (Bitte in Druckschrift und möglichst in Blockschrift)	Vorname	Genauer Geburtsdatum (Tag/Monat/Jahr)	Wohnadresse (Strasse und Hausnummer)	Eigenhändige Unterschrift	Kontrolle (bei Ungültigkeit)
1.						
2.						
3.						
4.						
5.						

Auf dieser Liste darfst nur Stimmberechtigte unterschreiben, die in der genannten politischen Gemeinde stimmberechtigt sind. Wer mit einem anderen als seinem eigenen Namen unterschreibt oder auf andere Weise das Ergebnis der Unterschriftensammlung fälscht, macht sich strafbar (Art. 283 StGB).

Die unterschriftenmässige Stimmrechtsbescheinigung wird durch das Referendumskomitee eingeholt.

Eingang Unterschriftenbogen: Datum: Anzahl beschädigter Unterschriften: Ok: Datum:

Anmerkungen:

Die zur Bescheinigung zuständige Amtsperson (eigenhändige Unterschrift und amtliche Eigenschaft)

Ganz oder teilweise ausgefüllt bis 15. Dezember 2013 einsenden an: Komitee Milliardenreferendum, Postfach 100, 4900 Roggwil

Milliardenreferendum:

Unterzeichnen auch Sie!

Bernerinnen und Berner haben dem Kanton vor wenigen Jahren mit überwältigendem Mehr eine Schuldenbremse auferlegt – sie soll eine übermässige Verschuldung des Kantons verhindern. Kaum beschlossen, will der Grosse Rat nun zur erneuten Sanierung der Pensionskassen mehr als 3500 Millionen Franken zahlen und den Kanton entsprechend neu verschulden, und das hinter dem Rücken der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger.

Wenn die Pensionskassen einmal mehr saniert werden müssen, soll das Stimmvolk wenigstens darüber bestimmen können, wie dies geschehen soll.

Helfen Sie mit, eine Volksabstimmung möglich zu machen, und unterzeichnen Sie zusammen mit Ihrer Familie, Ihren Freunden und Bekannten den diesem Berner Journal beiliegenden Unterschriftenbogen.

Bitte senden Sie den Bogen dann möglichst rasch zurück.

Herzlichen Dank!

Das Referendumskomitee

Stellungnahme der SVP betreffend Lehrplan 21

Lars Guggisberg, Grossrat, Präsident Fachkommission Erziehung, Kirchlindach

Die Deutschschweizer Erziehungsdirektoren-Konferenz (D-EDK) hat den Entwurf für einen sprachregionalen Lehrplan für die deutsch- und mehrsprachigen Kantone, den Lehrplan 21, Mitte Jahr zur Konsultation freigegeben. Die interne SVP-Fachkommission Erziehung der Grossratsfraktion hat sich intensiv mit dem Papier auseinandergesetzt und sieht in mehreren Bereichen erheblichen Anpassungsbedarf.

- Der Lehrplanentwurf ist mit über 500 (!) Seiten viel zu ausführlich ausgefallen und wäre sowohl für Lehrpersonen, aber auch für Eltern und für die Lehrbetriebe kaum handhabbar. Auch inhaltlich ortet die Fachkommission erhebliche Mängel.
- Der Lehrplan definiert Kompetenzen, welche Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der drei Zyklen beherrschen müssen (1. Zyklus: Kindergarten und 1./2. Klasse, 2. Zyklus: 3.–6. Klasse, 3. Zyklus: 7.–9. Klasse). Viele Kompetenzen werden jedoch zu offen formuliert und enthalten keine Inhaltsbezüge. Damit besteht die Gefahr, dass der Unterricht inhaltlich beliebig wird und kein Wissen vorhanden ist, an welchem die Kompetenzen auch angewendet werden können. Gerade dies wäre aber für weiterführende Schulen und die Lehrbetriebe sehr wichtig.
- Der Lehrplan legt ein viel zu grosses Gewicht auf Lerninhalte, die später für die Lehrbetriebe und die Wirtschaft wenig Nutzen bringen. Mit zu prominent abgehandelten Themen wie nachhaltige Entwicklung, Gender und interkulturelle Verständigung wird der Lehrplan überladen. Zudem führen sie zu einer «Verpolitisierung» der Schule, was zu vermeiden ist.
- Der Lehrplan trägt dem Ziel, die Schülerinnen und Schüler auf das Berufsleben oder weiterführende Schulen vorzubereiten, zu wenig Rechnung. Von zentraler Bedeutung wären dabei auch die Kooperationen mit der Wirtschaft und der Arbeitswelt, die im Lehrplan-Entwurf eindeutig zu kurz kommen.
- Sowohl Lehrmeisterinnen und Lehrmeister als auch weiterführende Schulen bemängeln heute die Fähigkeiten der Schulabgänger in den Schlüsselfächern Deutsch und Mathematik. Der Wille zur Verbesserung dieser Situation ist nicht ersichtlich.
- Schliesslich ist der Lehrplan im Fachbereich «Ethik, Religionen, Gemeinschaft» von Grund auf zu überarbeiten. Er schlägt eine vergleichende Religionskunde vor, anstatt einen Schwerpunkt auf Überlieferungen der christlichen Tradition zu setzen.

Die D-EDK wird den Lehrplan 21 nun überarbeiten und Ende 2014 den Kantonen zur Einführung übergeben. Die Grossrätinnen und Grossräte der Fachkommission werden auch bei der Umsetzung des Lehrplans 21 in den kantonalen Lehrplan mit aller Kraft für die umschriebenen Forderungen einstehen. Wir bleiben am Ball!

Die gesamte Vernehmlassung wurde in der Fachkommission mit Hilfe der Grossratsmitglieder Käthi Wälchli, Béatrice Struchen, Ueli Augstburger und insbesondere Sabina Geissbühler und Peter Brand erarbeitet.

Sie finden den ausführlichen Wortlaut auf www.svp-bern.ch.

Für die Fachkommission Erziehung der Grossratsfraktion:

Lars Guggisberg

Engagierte SVP-Frauen stellen sich vor

Miriam Gurtner

Miriam Gurtner ist Fraktionssekretärin der SVP Bundeshausfraktion und Kandidatin für die Gemeinderatswahlen 2013 in Konolfingen und die Grossratswahlen 2014.

Womit hast Du dein erstes Geld verdient?
Während dem Studium hatte ich verschiedene Nebenjobs im Altersheim, als Pizza-Kurier und im Bundessicherheitsdienst.

Weshalb engagierst Du dich in der SVP?
Insbesondere in der heutigen Zeit, in welcher immer mehr Leute lieber laut ausrufen anstatt sich selber zu engagieren, ist es besonders wichtig, dass man die Probleme selber anzugehen und zu lösen versucht – also engagieren statt reklamieren. Die SVP ist die einzige Partei, die sich für eine eigenständige, sichere und unabhängige Schweiz einsetzt, liberale Werte vertritt und die Eigenverantwortung ins Zentrum setzt. Diese Politik möchte ich mit aller Kraft unterstützen.

Was hat dir dein Engagement für die Partei bisher persönlich gebracht?
Da die SVP gleichzeitig auch mein Arbeitgeber ist, hat mir mein Engagement natürlich schon einige spannende und lehrreiche Momente beschert. Bisher durfte ich aber vor allem vom Hintergrund aus meine Politik und Meinung einbringen, nun hoffe ich, dass ich dies auch als gewählte Mandatsträgerin im Konolfinger Gemeinderat oder im bernischen Grossen Rat tun kann.

Du hast drei Wünsche frei…
Ich wünsche mir, dass…
1) Eigenverantwortung wieder belohnt wird und Staatsaufgaben reduziert werden
2) die Schweiz ihre Unabhängigkeit wahren kann und Volksentscheide wieder respektiert werden, ansonsten wird unsere Demokratie zur Farce
3) die Autofahrer nicht mehr als Milchkühe der Nation ausgenommen werden.

Mit wem würdest Du gern einmal essen gehen?
Roger Federer.

Worauf würdest Du nie im Leben verzichten?
Gutes Essen ☺.

Was bringt dich auf die Palme?
Staus und Sonntagsfahrer.

Wo siehst Du dich in 10 Jahren?
Mit einer glücklichen Familie in einem kleinen Häuschen am Dorfrand von Konolfingen. Politisch würde es mich freuen, wenn ich als Gemeinderätin oder Grossrätin für die Werte und Ziele der SVP kämpfen könnte.

Steckbrief

Name: Miriam Gurtner
Wohnort: Konolfingen
Geburtstag: 27. Februar 1980
Beruf: Lic.phil.hist, Fraktionssekretärin der SVP-Bundeshausfraktion
Hobbys: Kochen, Reisen, Kino, Freunde treffen
Politische Funktionen: Vorstand SVP Konolfingen, Kandidatin Gemeinderatswahlen Konolfingen, Kandidatin Berner Grossratswahlen

Judith Rawyler

Judith Rawyler ist ehemalige Gemeindepräsidentin und aktuell Sektionspräsidentin in Bellmund.

Womit hast Du dein erstes Geld verdient?
Ich habe zwei Kinder bei der Nachbarfamilie gehütet. Nebst einem kleinen Sackgeld haben mir diese zwei Buben immer sehr viel Abwechslung gebracht.

Weshalb engagierst Du dich in der SVP?
Diese Partei ist mir mit ihren traditionellen Werten am nächsten. In der SVP schätze ich den Teamgeist, die kameradschaftlichen Beziehungen auf verschiedenen Stufen und die Offenheit.

Was hat dir dein Engagement für die Partei bisher persönlich gebracht?
Viele gute Beziehungen bei Anlässen und Versammlungen. Reger Austausch und interessante Erfahrungen bei Wahl- und Abstimmungskämpfen waren für mich immer sehr wertvoll. Die persönlichen Kontakte mit ganz verschiedenen Menschen aus unterschiedlichen Lebens- und Berufsfelder haben mich bereichert.

Du hast drei Wünsche frei…
Die traditionelle Familie soll gleich behandelt werden wie alle andern. Die Kriminellen müssen massiv stärker bestraft und die vorhandenen Gesetze besser umgesetzt werden.

Mit wem würdest Du gern einmal essen gehen?
Mit Bundesrat Ueli Maurer.

Worauf würdest Du nie im Leben verzichten?
Auf meine Familie, den lieben Freundeskreis und die vielen guten Kontakte mit aufgestellten und interessanten Menschen.

Was bringt dich auf die Palme?
Wenn man nicht ehrlich ist, und Menschen welche sich in der Öffentlichkeit mit den Handys oder dem iPod von der Aussenwelt abschotten.

Wo siehst Du dich in 10 Jahren?
Nebst der Politik, die Familie und die schöne Natur geniessen können.

Steckbrief

Name: Judith Rawyler
Wohnort: Bellmund
Geburtstag: 19. März 1951
Beruf: Innenarchitektin
Hobbys: Malen, Wandern, Schwimmen und Familie
Politische Funktionen:
- 12 Jahre Gemeindepräsidentin, in dieser Funktion Vorstandsmitglied der Wirtschaftskammer Biel-Seeland und Vorstandsmitglied Verband Bernischer Gemeinden
- Heute Parteipräsidentin der Sektion Bellmund und Delegierte SVP Schweiz
- Mitglied im Wahlausschuss vom Wahlkreisverband Biel-Seeland

Vorschau auf die November-Session 2013

Peter Brand, Grossrat und Fraktionspräsident, Münchenbuchsee

Hauptthema der nächsten Session des Grossen Rates werden der Bericht des Regierungsrats über die Angebots- und Strukturüberprüfung (ASP), das Budget und der Finanzplan sein. Der Bericht zur ASP ist das Resultat eines Prozesses, den der Regierungsrat letzten Herbst endlich gestartet hat, nachdem wir von der SVP seit Jahren immer wieder mit Nachdruck auf die sich abzeichnenden Engpässe bei den Kantonsfinanzen und auf den dringenden Handlungsbedarf hingewiesen haben. Nach jahrelangem Zögern hat der Regierungsrat nun einen Bericht vorgelegt, der eher einem weiteren Spar- und Einnahmenerhöhungspaket als einer wirklich strategischen Aufgabenüberprüfung ähnelt.

SVP-Interpellationen für Zusatzinformationen

Unsere dringliche Motion zwang den Regierungsrat, den Bericht zur ASP vor den Sommerferien zu publizieren. Dies machte es möglich, dass sich die SVP Grossratsfraktion an einer ausserordentlichen Sitzung anfangs Juli mit dem Bericht befassen konnte. Wir haben daraufhin 9 dringliche Interpellationen eingereicht, um zusätzliche Informationen zu erhalten und um auf zusätzliches Sparpotential hinzuweisen. Die Antworten der Regierung werden uns hoffentlich Hinweise für die Vorbereitung der Debatte im November geben.

Rot-grüne Akzente

Obwohl in einigen Bereichen deutlich sichtbar ist, dass die Prioritätensetzung des Regierungsrats bei den vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen politisch und damit rot-grün gefärbt ist, wird es darum gehen, zusammen mit den anderen bürgerlichen Parteien ein «Abstürzen» des Pakets zu verhindern. Entsprechende Gespräche finden statt. Ich bin zuversichtlich, dass wir unter den Bürgerlichen Kompromisse finden, die auch für unsere Fraktion tragbar sind. Wichtig ist, dass allfällige, aus dem Paket des Regierungsrats hinaus gebrochene Massnahmen durch Einsparungen in anderen Bereichen kompensiert werden. Solche Kompensationsmöglichkeiten sollen nicht zuletzt unsere Interpellationen aufzeigen. Ich denke hier vor allem an die vom Regierungsrat vorgeschlagenen Massnahmen im Bereich Spitex und im Alters- und Behindertenbereich, die auch in unseren Reihen zu reden geben.

Steuererhöhungen verhindern

Wir werden uns in der Debatte stets vor Augen halten müssen, dass die SP offen dafür kämpft, das Paket scheitern zu lassen und stattdessen eine Steuererhöhung fordert. Eine Steuererhöhung ist aber das Letzte, was der Kanton Bern im heutigen Zeitpunkt braucht. Wir haben bekanntlich kein Einnahmen- sondern ein Ausgabenproblem. Die Kantonsausgaben – und übrigens auch die im Verbund mit den Gemeinden getragenen Lasten – sind in den vergangenen Jahren unkontrolliert gewachsen.
Darum wird unsere Fraktionsarbeit einem Ziel verpflichtet sein: Aufgaben abbauen und Ausgaben senken!

Peter Brand

Stellenstopp längst fällig

Die SVP Kanton Bern hat seit langem vor neuen Ausgaben gewarnt und das Ausmass des befürchteten Defizits im Kantonshaushalt ist nun absehbar. Grund dafür ist die links-grüne Ausgabeneuphorie in einzelnen Bereichen. Die nun beschlossenen Massnahmen hätten längst erfolgen sollen.

Am 17.10.2013 hat der Regierungsrat angesichts des drohenden Defizits von 170 Mio. Franken ein Ausgabenmoratorium für aufschiebbare Aufgaben sowie den Verzicht auf die Besetzung vakanter Stellen bis Ende Jahr und auf die Schaffung neuer befristeter Stellen beschlossen. Dass der Regierungsrat angesichts der Finanzsituation und der hohen Steuern überhaupt neue Stellen besetzen wollte, ist hochoriginell. Kein Arbeitgeber käme auf die Idee, neue Stellen zu schaffen, wenn das Geld dazu nicht vorhanden ist. Bereits im Sommer war das Defizit absehbar, warum handelte der Regierungsrat erst jetzt?

Die defizitäre Situation im Kantonshaushalt zeigt, wie dringend nötig ein echter Aufgabenverzicht ist. Dieser muss die Basis sein für die Diskussion im Grossen Rat. Neue und unnötige Aufgaben wie das geplante neue Integrationsgesetz, die Überprüfung der Grundstücksbewertungen und die Förderung der Basisstufe sind nicht nur zu sistieren, sondern gänzlich zu streichen, um die damit verbundenen Planungsstellen einsparen zu können.

Die SVP-Grossratsfraktion wird sich in der Novembersession dafür einsetzen, dass jeder Franken zielorientiert bei den Bürgerinnen und Bürgern eingesetzt und auf ideologische Planstellen in der Verwaltung verzichtet wird.

KEHRLI
DÄCHER VOM FACHMANN
Kehrli Bedachungen AG
STEILDACH – FLACHDACH – FASSADEN
ISOLATIONEN – REPARATUREN
Gerberngasse 30a, 3000 Bern 13
Telefon 031 311 30 49 / 031 311 24 49
Fax 031 819 66 36
Mail. kehrli.bedachungen@bluewin.ch

ASP – bitter notwendig

Manfred Bühler, Grossrat, Cortébert

ASP wird im Kanton Bern sehr wahrscheinlich zum (Un)Wort des Jahres 2013. ASP steht für Angebots- und Strukturüberprüfung. Der Regierungsrat hat dieses Programm kurz vor den Sommerferien präsentiert. Ziel ist es, die Kantonsfinanzen wieder ins Lot zu bringen. Die anvisierten Einsparungen betragen jährlich 231 Mio. Franken (2014) bis 491 Mio. Franken (2017).

Fette Jahre vorbei

Im Jahr 2012 hat der Kanton Bern zum ersten Mal seit 1997 wieder einen Aufwandüberschuss in der laufenden Rechnung ausgewiesen in der Höhe von fast 200 Mio. Franken. In den 13 vorangehenden Jahren konnten jeweils mehr oder weniger grosse Überschüsse dem Schuldenabbau dienen. Im Frühjahr 2012 hat die Finanzdirektion berechnet, dass dem Kanton ein jährliches strukturelles Defizit von über 400 Mio. Franken droht, wenn sich nichts ändert.

Nicht über Verhältnisse leben

Vor diesem Hintergrund ist klar, dass griffige Massnahmen notwendig sind. Nachdem die SVP seit Jahren ohne Erfolg eine Bremsung des Ausgabenwachstums vom rot-grün dominierten Regierungsrat gefordert hat, hat sich endlich etwas geändert. Der Regierungsrat hat nun das ASP-Paket geschnürt. Das Paket ist aber bitter, nicht nur weil Ausgaben zu dämpfen nicht angenehm ist, sondern weil so lange zugewartet worden ist. Die Summe, welche der Kanton nicht mehr ausgeben kann und soll ist umso grösser geworden.

Nichtsdestotrotz ist das Paket notwendig. Der Kanton Bern kann nicht langfristig über seine Verhältnisse leben. Das kann und darf keine Gemeinde, das kann und darf keine Familie. Wir müssen uns somit alle an dieser schwierigen Aufgabe beteiligen. Schliesslich müssen wir an die jüngeren Generationen denken: Wir dürfen diesen nicht einen hochverschuldeten Staat übergeben.

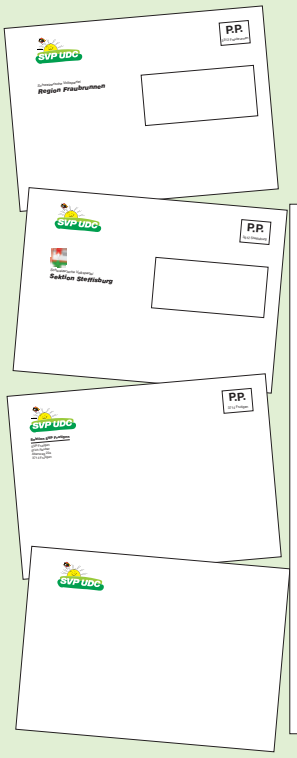
Bürgerliche Lösung angestrebt

Zurzeit findet eine teilweise sehr emotionale Debatte statt, weil die Massnahmen zum Teil wichtige Leistungen des Staates betreffen. Viele Verbände und Organisationen wehren sich gegen die vorgesehenen Kürzungen.

Zum Teil ist die Kritik berechtigt. Es gibt tatsächlich Massnahmen, welche zumindest diskutabel sind, weil diese wichtige Leistungen treffen, welche die Bürgerinnen und Bürger direkt beziehen. Die SVP Fraktion wird alle Vorschläge kritisch überprüfen und nicht vergessen, dass die ASP-Massnahmen von einem rot-grün dominierten Regierungsrat vorgeschlagen worden sind. Diese politische Färbung ist erkennbar und man kann sich des Eindrucks nicht verwehren, dass gewisse Massnahmen extra bürgerliche Kreise treffen sollen.

Die SVP Fraktion wird sich aber mit Sicherheit dafür engagieren, dass nach der Novembersession das Ziel der Einsparungen erreicht wird, damit das Budget 2014 zumindest ausgeglichen ist. Dabei wird die von SP-Kreisen diskutierte Steuererhöhung keine Option sein.

Manfred Bühler



Drucksachen mit dem neuen vierfarbigen Logo können zu günstigen Bedingungen beim Sekretariat bestellt werden:

SVP UDC

Briefbogen Format A4

500	Blatt	Fr. 60.–
1'000	Blatt	Fr. 110.–

Kuverts, weiss, Format C5
selbstklebend, mit oder ohne Fenster

500	Stück	Fr. 75.–
1'000	Stück	Fr. 140.–

Mehrpreis für zusätzlichen Aufdruck der Sektion auf neutrale Briefbogen oder Kuverts (ev. mit PP-Stempel) ist möglich:

500	Briefbogen	Fr. 60.–
1'000	Briefbogen	Fr. 85.–
500	Kuverts	Fr. 60.–
1'000	Kuverts	Fr. 85.–

Für die Mitglieder-Werbung neue Beitrittskarte vom Sekretariat

Impressum

Redaktion
Aliki M. Panayides, Bern,
Reto Niederhauser, Bern

Administration und Anzeigenverkauf
Sekretariat SVP Kanton Bern
Postfach 448
3000 Bern 25
Tel. 031 336 16 26
Fax 031 336 16 25
E-Mail: sekretariat@svp-bern.ch
Internet: http://www.svp-bern.ch

Layout
Druckerei Singer+Co, Utzenstorf

Papier
Utzenstorf Papier, aufgebessertes Zeitungspapier, 60 gm2